

Gemeinsame Anstrengungen nötig

[08.11.2013] Für den Ausbau des Hochleistungsinternets in Deutschland sind gemeinsame Anstrengungen von Politik und Wirtschaft nötig. Eine Schlüsselrolle fällt dabei der Frequenzpolitik zu. Zu diesen Schlüssen kamen die Teilnehmer der Herbstkonferenz der Deutschen Breitbandinitiative.

Auf der Herbstkonferenz der Deutschen Breitbandinitiative (5. November 2013, Berlin) diskutierten Vertreter namhafter Unternehmen und der EU-Kommission über die Rahmenbedingungen und Potenziale des Breitband-Ausbaus in Deutschland. Im Fokus standen dabei laut der Initiative D21 Fragen wie: Welche Bandbreite brauchen wir in Zukunft und wie erreichen wir diese? Investieren Staat und Wirtschaft genug und vor allem an der richtigen Stelle? Robert A. Wieland, Vizepräsident der Initiative D21 und Geschäftsführer von TNS Infratest zeigte den Teilnehmern dazu den Status quo der digitalen Gesellschaft sowie den zukünftigen Breitband-Bedarf auf. Denn laut dem aktuellen D21-Digital-Index sind die Zugänge zum Hochleistungsinternet innerhalb Deutschlands sehr ungleich verteilt; insbesondere in den ostdeutschen Flächenstaaten bestehe deutlicher Nachholbedarf. „Die Ergebnisse zeigen, dass dringend eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Breitband-Zugängen umgesetzt werden muss. Denn die Digitalisierung durchdringt immer mehr Bereiche unseres wirtschaftlichen und privaten Lebens“, so Wieland. Die Vorgaben der Breitband-Strategie des Bundes, bis zum Jahr 2018 alle Haushalte in Deutschland mit einer Bandbreite von 50 Megabit pro Sekunde zu versorgen, sind aus Expertensicht zwar noch zu schaffen. Dazu bedürfe es jedoch gemeinsamer Anstrengungen von Politik und Wirtschaft. Wichtigste Herausforderung für den weiteren Ausbau sei es, die erforderlichen Investitionen sicherzustellen. Denn laut der „Kostenstudie Breitband“ des TÜV Rheinland im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums vom August 2013 müssten für eine hundertprozentige Flächendeckung noch rund 20 Milliarden Euro aufgebracht werden – selbst bei optimiertem Technologie-Mix. Auf der Konferenz wurde daher auch intensiv über die künftige Nutzung von Frequenzen diskutiert. „Durch den Einsatz der Mobilfunk-Technologie LTE-Advanced zur Breitband-Versorgung im ländlichen Raum lassen sich immerhin 14 Milliarden Euro an Kosten sparen. Voraussetzung hierfür ist aber, dass ein ausreichendes Frequenzspektrum zur Verfügung steht“, erklärte Sigurd Schuster, Projektleiter der Deutschen Breitbandinitiative und Head of Technology Strategy and Operations bei Nokia Solutions and Networks. „Ohne dieses Spektrum müssen wir mit Investitionen in Höhe von insgesamt 34 Milliarden Euro rechnen – oder etwa fünf Prozent unserer Haushalte werden nicht mit 50 Megabit pro Sekunde versorgt werden können.“ Der Frequenzpolitik werde somit zukünftig eine Schlüsselrolle bei der Breitband-Versorgung zufallen.

(bs)

Die Kostenstudie Breitband zum Download

Stichwörter: Breitband, Deutsche Breitbandinitiative, Initiative D21